VORTRAG VON DR. ROLF GÖSSNER

RECHTSANWALT, PUBLIZIST, PARLAMENTARISCHER BERATER UND BÜRGERRECHTSAKTIVIST (WWW.ROLF-GOESSNER.DE)

AUF DEM WEG IN DEN PRÄVENTIV-AUTORITÄREN SICHERHEITSSTAAT?
ZUR PERMANENTEN VERSCHÄRFUNG DER »SICHERHEITSGESETZE« IN BUND
UND LÄNDERN (SCHWERPUNKT: POLIZEIGESETZE)

VORTRAG VON PROF. DR. SÖREN KLIEM

UNIVERSITÄT JENA

EIN NEUES SICHERHEITSGESETZ JAGT DAS ANDERE; EIN WEITERER EINGRIFF IN BÜRGERRECHTE WIRD VOM NÄCHSTEN GEFOLGT.

OBWOHL DIE KRIMINALITÄTSRATEN DEUTLICH SINKEN, STEIGT DAS UNSICHERHEITSGEFÜHL BEI DEN MENSCHEN. WIE LÄSST SICH DIESER WIDERSPRUCH AUFLÖSEN? WAS SIND DIE URSACHEN? WERDEN DIE ÜBERMÄCHTIGEN SICHERHEITSBEHÖRDEN SELBST ZUM GEFÜHLTEN SICHERHEITSRISIKO?

MIT ANSCHLIESSENDER DISKUSSION
UND AUSKLANG MIT EINEM IMBISS
MODERATION DER DISKUSSION: THOMAS KLEE,
EHEM, REDAKTEUR DES HESSISCHEN RUNDFUNKS

DIEDATENSCHÜTZERRHEIN-MAIN SIND

eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Partner der Aktion: Stoppt die e-Card!, Partner des Bündnis Demokratie statt Überwachung, Partner des Bündnis Frankfurt gegen TTIP, CETA und TISA und Partner des Bündnis Transparentes Hessen. Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung »11gegenZensus11«.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem die Errichtung eines Unabhängigen Frankfurter Datenschutzbüros; unzulässige Videoüberwachung des öffentlichen Raums; ein Übermaß an Videoüberwachung bei politischen Aktivitäten (Demonstrationen, Kundgebungen); die elektronische Gesundheitskarte (eGK) und die Digitalisierung des Gesundheitswesens; der NSA-Skandal und die Solidarität mit Edward Snowden; Bestandsdatenauskunft und Vorratsdatenspeicherung in der Telekommunikation; Sozialdatenschutz, z.B. bei Job-Centern; Transparenz bzw. Informationsfreiheit gegenüber Behörden; Überwachung durch Geheimdienste und andere staatliche Stellen sowie weitere Datenschutzthemen.

Weitere Infos: ddrm.de

»DATENSCHUTZ AKTUELL«

Ist eine Veranstaltungsreihe von *die* Datenschützer Rhein-Main mit der Frankfurt University of Applied Sciences.

ANMELDUNG

Anmeldungen zur Teilnahme an der Veranstaltung bis spätestens 17. Oktober 2019 an ubreuer@ddrm.de



dieDatenschütz

DONNERSTAG, 24.10.2019 | 17:30-20:00 UHR ORT: FRANKFURT UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES STERBEN **FREIHEIT** UND RECHTS-STAAT MIT SICHERHEIT?

VORTRAG UND
DISKUSSION MIT
DR. ROLF GÖSSNER
SOWIE MIT PROF.
DR. SÖREN KLIEM

MODERATION: THOMAS KLEE

EINE
VERANSTALTUNG
VON DIEDATENSCHÜTZER
RHEIN-MAIN UND
DER FRANKFURT
UNIVERSITY OF
APPLIED SCIENCES

VERANSTALTUNGSREIHE »DATENSCHUTZ AKTUELL«

DONNERSTAG, 24.10.2019 | 17:30-20:00 UHR
ORT: FRANKFURT UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES
NIBELUNGENPLATZ 1, FRANKFURT AM MAIN, RAUM 111/112

SEIT JAHREN ERLEBEN WIR. DASS DIE STAATLICHE UND PRIVATE ÜBERWACHUNG **VON BÜRGER*INNEN** RASANT ZUNIMMT UND FÜR EINZELNE KAUM NOCH NACHVOLLZIEHBAR IST.

In der Legislaturperiode 2013–2017 hat die Hessische Koalition (CDU und Bündnis90/Die Grünen) ein ganzes Bündel an einschlägigen Gesetzen beschlossen bzw. geändert (z.B. Hessisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz (HSÜG) vom 19. Dezember 2014. Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Hessen (HVSG) vom 25. Juni 1918, Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) vom 23. August 2018. Die gesetzlich legitimierte Datensammelwut verbindet sich mit massiven Eingriffen in die Privat- und Intimsphäre der Bürger*innen. Begründet werden die Datensammlungen in erster Linie mit der Terrorismusabwehr. »Mehr Überwachung = weniger Terrorismus« lautet die einfache Formel.

Was mit den Daten geschieht, bleibt für die Betroffenen häufig unklar. Sicher ist nur, dass Bürger*innen mit jedem neuen Überwachungsgesetz gläserner werden. Die Privatsphäre wird immer weiter ausgehöhlt.

DER STAAT HÖRT ÜBERALL MIT

Beim Aufbau ihrer Datensammlungen greifen polizeiliche Ermittlungsbehörden und Geheimdienste auf private Unternehmen zurück, um an sensible Daten der Bürger*innen zu gelangen. So sind beispielsweise die Telekommunikationsunternehmen nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG) dazu verpflichtet, staatlichen Stellen auf Anfrage alle Verbindungs- und Standortdaten von Handys der Bürger*innen auch ohne Anlass oder konkreten Verdacht zur Verfügung zu stellen. Auch an der Auswertung des Zahlungsverkehrs oder an der automatischen Übermittlung von Fluggastdaten an das Bundeskriminalamt oder an ausländische Polizeibehörden sind Privatunternehmen im Auftrag staatlicher Stellen beteiligt, ohne dass es wirksame gesetzliche Schutzmechanismen zugunsten der Betroffenen gibt.

GOTHAM HEISST JETZT »HESSEN-DATA«

In Hessen setzt das Innenministerium die Software Gotham von Palantir (USA) ein, um unterschiedliche Datenbestände neu zu verknüpfen und auszuwerten. Ziel ist die Identifikation sogenannte »Gefährder«. Innenminister Beuth erhielt für den Einsatz dieser Software den diesjährigen Negativ-Preis »Big-Brother-Award«. Warum?

»Aus Sicht der Grundrechte steht »Hessen-Data« im Konflikt mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Bestandteil des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes. Im Besonderen stellen Massendatenauswertungen, wie sie mit »Hessen-Data« möglich sind, den im Datenschutzrecht zentralen Zweckbindungsgrundsatz in Frage.« So begründete Dr. Rolf Gössner die Preisvergabe in seiner Laudatio.

STAATSTROJANER IN HESSEN

Ermittler bei hessischen Polizeibehörden können inzwischen auch sog. Staatstrojaner einsetzen (§15 HSOG). Um diese Software zu installieren, müssen die zuständigen Behörden die IT-Systeme der Bürger*innen »hacken«. Dafür sind vorhandene Sicherheitslücken auf den Geräten hilfreich. Es ist zu befürchten, dass staatliches Ausforschungsinteresse hier letztlich auf Kosten einer besseren Sicherheit für Endgeräte geht, wenn etwa Sicherheitslücken bewusst geheim gehalten werden. Dies kann für uns alle zu einem Risiko werden, wenn diese Sicherheitslücken zum Nachteil der Bürger*innen genutzt werden.

Die Frage, welche Auswirkungen die aktuellen staatlichen Sicherheitsbestrebungen für Bürger*innen haben und welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, steht im Mittelpunkt der öffentlichen Vortrags- und Informationsveranstaltung zum Thema.